Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6 gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 66. Sonnabend den 7. März 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 8. März, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Nach §. 11 der Ortsstatute, die Vereinigung der Landgemeinden Connewitz, Kleinzschocher, Lindenau, Lößnig, Plagwitz und Schleußig mit der Stadt Leipzig betreffend, treten vom 1. Januar d. J. ab die nachstehenden, hier gültigen Bestimmungen, jedoch mit den durch den III. Nachtrag zu dem Regulative, die neuen städtischen Anbaue und die Regulirung der Straßen betreffend, vom 15. November 1867 getroffenen Abänderungen auf das neu hinzugetretene Stadtgebiet Anwendung.

1) Jeder **Grundstücksbesitzer** ist zur Herstellung, bezw. Unterhaltung der **vor** seinem Grundstücke befindlichen, an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen gelegenen Fußwege in der von uns nach der Straßenbreite zu bestimmenden Breite verpflichtet, so lange dieselben nicht ausdrücklich in städtische Verwaltung übernommen sind, vorbehältlich der gleich zu erwähnenden Ausnahme.

Die **Befestigung** der Fußwege muß **mindestens durch Mosaikpflaster** erfolgen, welches nach der Fahrbahn hin mit Bordschwellen aus Granit abzugrenzen ist.

Diese Vorschrift gilt für **Kiesfußwege** selbst dann noch, wenn dieselben bereits in die Gemeindeverwaltung übernommen worden sein sollten.

Die **Art und Weise der Ausführung** bei **Neuherstellungen** wie bei Ausbesserungen wird in jedem einzelnen Falle von uns bezw. von den von uns hiermit beauftragten Beamten bestimmt. Den von Letzteren ertheilten Anordnungen ist allenthalben Folge zu leisten.

2) Vor Neuherstellung eines Fußweges ist die Genehmigung hierzu schriftlich nachzusuchen, hierbei auch zu bemerken, aus welchem Grunde der für die Schwellen, bezw. Fußwegplatten zur Verwendung kommende Granit entnommen werden soll.

Nach ertheilter Genehmigung ist bei unserer Tiefbauverwaltung rechtzeitig der Tag anzuzeigen, an welchem die Arbeiten begonnen werden sollen, damit die erforderlichen Angaben über die Höhen, die Fluchtlinie, über die wegen der Lage der Gas- und Wasserleitungsröhren zu treffenden Vorkehrungen u. s. w. ertheilt können.

Bevor dies nicht geschehen, ist jeder Beginn der Arbeiten untersagt. Für Einhaltung dieser Vorschrift haftet sowohl der betreffende Grundstücksbesitzer wie der ausführende Gewerke.

3) Die zu verwendenden Granitplatten oder Granitschwellen haben aus gutem, gesundem, fehlerfreiem, grauem, grünem, weißem oder blauem Granit mit glatter Oberfläche zu bestehen. Sie müssen lagerecht und vollkantig angefertigt sein und volle Ecken besitzen. Die Granitplatten müssen an den schwächsten Stellen mindestens noch 7 cm stark sein; die Verwendung bayerischen Granits, sowie die Verwendung windschiefliger, windschiefer Platten und solcher, an denen die Ecken abgestoßen sind, oder welche Vertiefungen in der Oberfläche haben, ist ausgeschlossen.

4) Macht sich in Folge von Neubauten oder aus sonstigen Gründen die Beseitigung bestehender Fußweganlagen nothwendig, so sind die erforderlichen Arbeiten der Wegnahme und Wiederverlegung bei solchen Fußwegen, deren Unterhaltung der Stadtgemeinde obliegt, nur durch unsere Tiefbauverwaltung auszuführen. Es ist in solchen Fällen ein entsprechender Antrag bei uns zu stellen und die darauf für die erforderlichen Arbeiten veranschlagten Bauschkosten sind zuvor bei unserer Stadtcasse zu hinterlegen, ehe mit der Ausführung begonnen werden darf.

5) Die Beseitigung der nicht in städtische Verwaltung übernommenen Fußweganlagen hat der Grundbesitzer selbst ausführen zu lassen, vor Wiederverlegung ist jedoch die nach Punct 2 vorgeschriebene Anzeige zu erstatten.

Sodann ist in diesem Falle wie im Falle von Punct 4 von Zeit der Wegnahme der Platten ꝛc. bis zur endgiltigen Herstellung des Fußweges ein interimistischer, für das Publicum gut passirbarer Fußweg entlang der Front des Grundstücks von dem Besitzer desselben herzustellen und zu unterhalten.

6) Bei Straßen, welche in öffentliche Unterhaltung übernommen sind, darf ohne unsere Genehmigung Niemand an Straßenkörper irgend welche Arbeiten, wie z. B. Aufgrabungen oder Abgrabungen, Aufstreuen von Pflaster, Macadam und dergleichen, vornehmen. Sind derartige Arbeiten im Interesse eines Privaten geboten, so hat derselbe das nach Punct 4 vorgeschriebene Verfahren einzuhalten.

7) Bei Straßen, welche von der Stadtgemeinde **nicht** in öffentliche Unterhaltung übernommen, welche aber dem öffentlichen Verkehre überlassen sind, ist die Aufgrabung oder Abgrabung des Straßenkörpers ohne Genehmigung des Unterhaltungspflichtigen, mit Ausnahme des Falles, daß solches von uns aus polizeilichen Gründen verfügt worden ist, gleichfalls untersagt.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehend sub 1—7 aufgeführten Bestimmungen werden mit einer **Geldstrafe bis zu 60 ℳ** oder **Haft bis zu 14 Tagen** geahndet; außerdem werden auf Kosten des betreffenden Grundstücksbesitzers, bezw. nach vorgängiger zwangsweiser Einziehung des Bauschkostenquantums bei nicht oder bei nicht gehöriger Ausführung der vorgeschriebenen Arbeiten, letztere von Rathswegen hergestellt, bezw. nicht gehörig hergestellte Arbeiten wieder beseitigt und neu hergestellt werden.

Leipzig, am 21. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Rolling.

Bekanntmachung.

An unserer Knaben-Mittelschule, welche demnächst in eine höhere Bürgerschule umgewandelt werden soll, ist die Stelle eines **Mathematikers** zum 1. April cr. zu besetzen.

Der zu wählende Lehrer soll zunächst als Hülfslehrer mit 1500 ℳ Jahres-Gehalt bei sechsmonatlicher Probezeit berufen werden.

Bei zufriedenstellenden Leistungen erfolgt definitive Anstellung nach 6 Monaten mit 1800 ℳ Gehalt pro Jahr.

Meldungen bis zum 10. März.

Bitterfeld, den 26. Februar 1891.

Der Magistrat.
Dippe.

Steckbrief.

Gegen den Glasergehilfen **Otto Julius Hoehne**, zuletzt in Eisleben, geboren am 18. October 1865 zu Leipzig, evangelisch, dessen Persönlichkeit nicht weiter beschrieben werden kann und welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls und Unterschlagung verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern, auch zu den Acten D. 60, 91 gefälligst Nachricht zu geben.

Eisleben, den 1. März 1891.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für Ostern d. J. sind 4 Ausstattungsspenden im Betrage von 77 ℳ 25 ₰, 67 ℳ 50 ₰, 40 ℳ 64 ₰ und 40 ℳ 56 ₰ an hiesige arme unbescholtene Frauen, welche sich in der Zeit zwischen Ostern vorigen und Ostern dieses Jahres verheirathet haben, von uns zu vergeben. Die Spende von 40 ℳ 64 ₰ kann nur an ehelich Geborene, die von 40 ℳ 56 ₰ nur an hiesige Bürgerstöchter vergeben werden. Gesuche sind unter Beifügung der Eheschließungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin und einer Geburtsbescheinigung bis zum 6. April d. J. auf dem Rathhause, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 11, einzureichen.

Leipzig, den 4. März 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Der Fabrikbesitzer
Herr Franz Wasenthin
in L.-Eutritzsch,

welcher daselbst in seinem Grundstücke an der Delitzscher Straße (Nr. 13, Abth. A, des Brandkatasters, Nr. 10 des Flurbuchs und Fol. 82 des Grund- und Hypothekenbuchs für Eutritzsch) eine Eisengießerei nebst Hammerwerk, sowie eine Fabrik zur Herstellung eiserner Bauconstructionen betreibt, beabsichtigt behufs Verstärkung der von ihm hierzu bisher benutzten Dampfkraft einen größeren Dampfkessel aufzustellen.

Da hiermit eine nicht unwesentliche Erweiterung der bestehenden Anlage verbunden ist, so bringen wir dieses Unternehmen hiermit zur öffentlichen Kenntniß mit der Aufforderung, etwaige Einwendungen dagegen, welche nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen bei uns anzubringen.

Einwendungen, welche auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, sind, ohne daß von der Erledigung derselben die Genehmigung abhängig gemacht werden wird, zur richterlichen Entscheidung zu bringen.

Leipzig, am 4. März 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 667. Dr. Georgi. Kaselitz.

Bekanntmachung.

Nachdem zufolge unserer Bekanntmachung Ib. 197 vom 20. Januar dieses Jahres die Pläne T. B. V. No. 4609 und 4610 / 5434 und 5433 betr. Fluchtlinienregulirung der Hohenzollernstraße, Brommestraße, Straße IX bis zu deren Einmündung in die Straße P, sämmtlich in Leipzig-Reudnitz gelegen, rechtskräftig ausgelegen haben und nunmehr, nachdem Widersprüche gegen dieselben nicht erhoben worden sind, gemäß §. 28 des Neubaurentenregulativs vom 15. November 1867 als festgestellt zu erachten sind, machen wir Solches hiermit öffentlich bekannt.

Leipzig, den 2. März 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 988. Dr. Georgi. Dr. Rödiger.

Bekanntmachung.

Verloren gegangen sind die Arbeitsbücher

1) des am 17. März 1874 in Halle a/S. geborenen Schlosserlehrlings Wilhelm Arthur Teubner (Eutritzsch 1888);
2) der am 17. September 1870 in Leipzig geborenen Arbeiterin Clara Altermann (Leipzig Nr. 1256/85);
3) des am 26. November 1872 geborenen Arbeitsburschen Gustav Adolph Hannover (Leipzig Nr. 527/87);
4) der am 8. März 1870 in Merseburg geborenen Fabrikarbeiterin Auguste Marie Frieß (Meusdorf 1887);
5) des am 6. November 1872 in Egel geborenen Arbeiters Andreas Wittelmann (Gohlis 1886);
6) des am 22. Juni 1873 in Leipzig geborenen Schriftsetzergehilfen Johannes Paul Georg Theodor Müller (Leipzig Nr. 513/87);
7) der am 28. November 1874 in Lindenau geborenen Arbeiterin Friederike Lina Landmann (Lindenau 1889).

Wir bitten, diese Arbeitsbücher im Auffindungsfalle Ostmarkt Nr. 3, II., Zimmer 113b, abzuliefern.

Leipzig, den 28. Februar 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VI. 845 Dr. Georgi. Vogeldt.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntniß, daß die **Einführung** unseres Predigers, des Herrn **Max Friedrichs**, nach Bestätigung des hohen Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts **Sonntag, den 8. März, Vormittags 10 Uhr** im Saale der I. Bürgerschule stattfinden wird.

Der Vorstand der deutschkatholischen Gemeinde zu Leipzig.

Zur internationalen Lage.

Seit Ende Januar hat sich Schritt für Schritt eine sehr wesentliche Veränderung der internationalen Lage vollzogen. Am 25. Januar erschien die Verfügung, durch welche das österreichische Abgeordnetenhaus aufgelöst wurde, sechs Tage später erfolgte der Rücktritt Crispi's, daran schloß sich der Besuch des Erzherzogs Franz Ferdinand Este am russischen Kaiserhofe und endlich im letzten Drittel des Februar spielten sich die Vorgänge in Paris ab, deren Nachwirkungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Das Ergebniß der geschehenen Veränderungen scheint der Befestigung des europäischen Friedens günstig zu sein, denn zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland hat eine Annäherung stattgefunden, Rudini, der Nachfolger Crispi's, hat erklärt, daß er entschlossen sei, an der auswärtigen Politik seines Vorgängers festzuhalten, die Pariser Vorgänge endlich haben bewiesen, daß die französische Regierung sich durch die Patrioten und Boulangisten nicht zum Bruch mit Deutschland treiben lassen will. Man ist also im Ganzen und Großen berechtigt, zu sagen, daß der Dreibund eine starke Probe auf seine Haltbarkeit bestanden hat.

Aber es hat sich in den letzten Wochen gezeigt, daß die Verhältnisse bei den europäischen Großmächten doch nicht so fest und unveränderlich sind, als es den Anschein hatte. Alle Ereignisse von politischer Bedeutung, welche in die Zeit vom 25. Januar bis heute fallen, waren Ueberraschungen, von der Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses angefangen bis zur Abreise der Kaiserin Friedrich aus Paris. Gegenwärtig finden die Wahlen für das österreichische Abgeordnetenhaus statt. Auch diese haben einen ganz anderen Verlauf genommen, wie er beim Erlaß der Auflösungsverfügung gehofft und erwartet wurde. Der Grundgedanke der Maßregel war die Herstellung einer den österreichischen Staatsgedanken hochhaltenden gemäßigten Mehrheit, statt dessen sind in Böhmen die Altczechen von den Jungczechen vollständig verdrängt worden, die Radicalen haben über die Gemäßigten triumphirt. Eine gleiche Tendenz zeigt das Vordringen der Antisemiten, nur bei den Deutschösterreichern ist die deutschliberale Richtung im Vortheil gegen die deutschnationale, so daß also hier das meiste Verständniß für die wohlwollenden Absichten der Regierung zu finden ist. Noch läßt sich ein endgiltiges Urtheil über das Wahlergebniß nicht fällen, nur so viel ist gewiß, daß die Taaffe'sche Versöhnungspolitik Schiffbruch gelitten hat, die Deutschen wollen unabhängig von den Czechen sein und bleiben, und die Czechen wollen in Böhmen die Herrschaft antreten. Das ist das Ergebniß zweijähriger Bemühungen, Wasser mit Feuer zu verbinden.

Das Bündniß zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist fest und unabhängig von den nationalen Streitigkeiten, aber es ist klar, daß die Deutschen im Reich den Wunsch hegen, es möge den Deutsch-Oesterreichern die ihnen zukommende Stelle im österreichischen Staatswesen angewiesen werden. Wir haben stets Mitgefühl mit den Leiden unserer Stammesgenossen in Oesterreich gehabt, um so mehr, als dieses Gefühl durch die Ueberzeugung unterstützt wurde, daß die Wohlfahrt Oesterreichs hauptsächlich von der Stellung abhängt, welche den Deutsch-Oesterreichern eingeräumt wird. Die Bevorzugung der Czechen erschien uns stets als ein schwerer Mißgriff, dessen Abstellung sich früher oder später mit Nothwendigkeit ergeben mußte.

Das neue Ministerium in Italien hat die ersten Proben seiner Politik abgelegt und mit seinen Ersparungsvorschlägen einstweilen eine voraussichtliche Mehrheit von 50 Stimmen erzielt. Das ist mehr, als erwartet wurde, aber es bleiben noch verschiedene Fragen zu beantworten, welche den Keim ernster Kämpfe bergen. Vor allen Dingen ist Klarheit darüber nöthig, wie sich das Ministerium Rudini das zukünftige Verhältniß zu Frankreich denkt. Rudini sagte in Beantwortung der Interpellation Lucifero's, daß er nicht beabsichtige, den Dreibund, welcher eine langjährige Aera des Friedens sichere, zu schwächen oder aufzulösen, die verbündeten Mächte wünschten jeden Grund zum Streit auszuschließen. In Bezug auf Tripolis mußte Rudini zugestehen, daß sich gewisse Zwischenfälle ereignet hätten, die französische Regierung habe aber in loyalster Weise aus eigenem Antriebe Maßregeln getroffen, um der Wiederkehr ähnlicher Ereignisse vorzubeugen. Wenn es den Italienern unlieb wäre, daß man ihnen mißtraue, so müßten sie andererseits auch kein Mißtrauen gegen Frankreich hegen.

Das sind Erklärungen, welche die Radicalen nicht befriedigen, und im Folge dessen bereitet sich eine Bewegung gegen das Cabinet vor, welche auf seinen Sturz abzielt. Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß Italien es nicht gleichzeitig mit seinen Verbündeten und mit Frankreich halten kann. Der Crispi'sche Standpunct, mit Frankreich so gute Beziehungen zu unterhalten, als es die Zugehörigkeit zum Dreibund gestattet, war das äußerste Zugeständniß, was Italien an Frankreich machen konnte, Rudini will Licht und Schatten gleichmäßig zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf der einen und Frankreich auf der andern Seite vertheilen. Das ist unmöglich, und an diesem Widerspruch muß das Cabinet zu Grunde gehen.

Das wichtigste Ereigniß der letzten Wochen sind die Vorgänge in Paris während der Anwesenheit der Kaiserin Friedrich. Man hat daraus erkannt, daß Frankreich allen Erlebnissen der letzten zwanzig Jahre zum Trotz dasselbe geblieben ist, was es immer war, der Schauplatz von Bestrebungen und leidenschaftlichen Ausbrüchen, welche den Frieden des Erdtheils gefährden, ohne daß irgend ein greifbarer Grund dazu vorliegt. Es ist gleichgiltig, welche Ursachen die Erregungen der letzten Wochen verschuldet haben, die Thatsache genügt, daß die Kunst in Frankreich unter dem zwingenden Einfluß von halb verrückten Schreiern steht, welche die Macht besitzen, das ganze Land in leidenschaftliche Erregung gegen den Nachbarstaat hineinzuhetzen. Wenn Derouléde und Laur decretiren, daß die französischen Maler in Berlin nicht ausstellen dürfen, so folgen sie dieser Vorschrift, ebenso wie die Aerzte Berlin fern geblieben wären, wenn es den genannten Herren beliebt hätte, gegen diese Reise Einspruch zu erheben.

Solche Kundgebungen haben zwei Seiten, die eine ist dadurch charakterisirt, daß sie ganz Frankreich in eine gefährliche Aufregung versetzen, die andere dadurch, daß die Consequenzen dieser Aufregung ausbleiben. Um ein Beispiel anzuführen, welches die Lage zu beleuchten geeignet erscheint, sei Folgendes gesagt: Ein Student rempelt einen ihm begegnenden Collegen, und als dieser Miene macht, ihm zu folgen, zieht der Andere es vor, das Feld zu räumen, statt dem Angegriffenen Rede zu stehen. Was bleibt diesem übrig, als verächtlich die Achseln zu zucken und dem unverschämten Menschen seine Verachtung öffentlich auszudrücken? Wenn Frankreich nicht Frieden halten will und kann mit Deutschland, dann mag es die nächste Veranlassung vom Zaune brechen, um ihm den Krieg zu erklären, aber in so hubenhafter Weise, wie geschehen, die Ruhe zu stören, das ist die Art verächtlicher Subjecte. Frankreich ist bisher immer Rußland nachgelaufen und hat ihm auf jede Weise zu verstehen gegeben, daß es ein Bündniß mit dieser Macht als das Höchste ansieht, was es erreichen könnte. Wir glauben, daß der Kaiser von Rußland die Bundesgenossenschaft von Leuten, die unter der Fuchtel von Derouléde und Boulanger stehen, unbedingt zurückweisen wird, wenn er auch Aussicht hätte, mit solchen Bundesgenossen Konstantinopel zu erobern.

Leipzig, 7. März.

* Die bereits telephonisch kurz übermittelte Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" lautet wörtlich wie folgt: „Es giebt Leute, welche nicht müde werden, immer und immer wieder neue Versuche zu machen, die öffentliche Meinung zu beunruhigen. Wenn es ihnen auf dem einen Gebiete nicht gelingt, so versuchen sie es auf einem anderen. Es ist beinahe zu bedauern, daß die Gesetzgebung in dieser Beziehung für Zeitungen nachsichtiger ist, als die Börse. Diese hat kürzlich zwei ihrer Mitglieder auf 14 Tage vom Besuche der Börse ausgeschlossen, weil sie beunruhigende, falsche Nachrichten über den Gesundheitszustand des Kaisers verbreitet hatten. So sollte man es in der Macht haben, gewisse Berichterstatter, die heute von einem Zwiespalt zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler zu melden wissen, auf einige Zeit zum Schweigen zu bringen. Na dem, was sie in dieser Beziehung sagen, ist natürlich kein wahres Wort."

* Neue Vorlagen von größerer Bedeutung werden in der gegenwärtigen Reichstagssession nicht mehr zu erwarten sein, wenn nicht etwa der Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn noch eingehen sollte. Ob dies der Fall sein wird, läßt sich augenblicklich noch nicht mit Bestimmtheit sagen; es wird überwiegend nicht für wahrscheinlich gehalten, da noch eine Reihe von Schwierigkeiten vorher aus dem Wege geräumt werden müssen. Aus diesem Grunde wird man auch gut thun, die durch die Presse laufenden Combinationen und „Informationen" über die im Zusammenhang mit diesem Handelsvertrag bevorstehende Herabsetzung der landwirthschaftlichen Zölle mit Zurückhaltung und Vorsicht aufzunehmen. Der augenblickliche Stand der Verhandlungen läßt keinerlei Mittheilungen über die Absichten der deutschen Regierung in dieser Beziehung zu. Sollte ein Tarifvertrag mit Ermäßigung der landwirthschaftlichen Zölle dem Reichstag noch zugehen, so würden voraussichtlich noch sehr lebhafte Kämpfe durchzufechten sein. Wir möchten aber doch sehr bezweifeln, ob sich eine Mehrheit finden würde, welche die Verantwortung der Ablehnung eines solchen Vertrags übernähme. So weit würde die agrarische Strömung auch in der Centrumspartei schwerlich gehen.

* Die Volksschulgesetzcommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat, wie gemeldet, nach Beendigung der ersten Berathung der Vorlage ihre Arbeiten für längere Zeit unterbrochen; sie beabsichtigt, die zweite Berathung erst nach Ostern vorzunehmen. Diese Vertagung entsprang einem Wunsche der Conservativen und des Centrums, und man wird nicht zu viel behaupten, wenn man darin die Absicht erkennt, das Volksschulgesetz für diese Session zu Fall zu bringen. Da die Session doch nicht ganz ungemessen in den Sommer hinein sich ausdehnen kann, würde es schon an Zeit fehlen, bei so später Beendigung der Commissionsberathung den schwierigen und weitläufigen Gesetzentwurf noch in den beiden Häusern des Landtags durchberathen zu lassen, zumal dieselben ohnehin sehr stark in Anspruch genommen sind. Bei der zarten Rücksicht, die gegenwärtig von allen Seiten auf das Centrum genommen wird, mußte das Volksschulgesetz von vornherein als die gefährdetste der Reformvorlagen erscheinen.

* Der Abgeordnete von Kardorff veröffentlicht als Ehrenmitglied des Centralverbandes deutscher Industrieller in der „Post" eine Erklärung, worin er Stellung zu der Auslassung des „Reichsanzeigers" über den Centralverband nimmt und in welcher er darauf hinweist, daß der Centralverband gegründet wurde, um der Industrie im Gegensatz zu den Handelskammern, in denen überwiegend die Interessen des internationalen Großhandels und des mobilen Capitales vertreten sind, eine Vertretung zu schaffen. Der Centralverband habe sich stets für Tarifverträge erklärt und bei den Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn nur betont, daß die Nachtheile, welche eine Verminderung der Kaufkraft der deutschen Landwirthschaft hat, nicht durch die Vortheile einer etwaigen Erleichterung des Exportes der Industrieproducte nach Oesterreich aufgewogen werden können. Der Centralvorstand habe stets die Interessen-Solidarität von Industrie und Landwirthschaft betont, und könne er diese Ueberzeugung nur als eine wohl begründete betrachten.

* In Bezug auf die neuerdings wieder stärker hervortretende Bergarbeiterbewegung darf man nicht vergessen, daß die ganze Bewegung in den zwei Jahren, welche seit dem Maiaufstande verflossen sind, mehr und mehr auf eine schiefe Bahn gerathen ist; die socialdemokratische Beeinflussung hat sich in immer stärkerem Maße geltend gemacht, wie sich vor Allem daraus ergiebt, daß man die Besendung eines internationalen Congresses mit ausgesprochen socialistischem Charakter beschlossen hat, ganz zu geschweigen von dem im verflossenen Jahre gefaßten Beschlusse, der sich für die Verstaatlichung des Bergwerkseigenthums aussprach. Diese und andere Vorkommnisse haben nicht dazu beigetragen, die Sympathie, die bekanntlich bis in die obersten Regionen sich erstreckte, zu verstärken oder zu erhalten, und auch hierüber sollten sich die Bergarbeiter keiner Täuschung hingeben. Wenn nun ihre Führer mit einem Ausstand drohen, so ist dies gewiß nicht geeignet, ihnen Freunde zu verschaffen. Die Schädigung des gesammten wirthschaftlichen Lebens, die unter allen Umständen eine Folge des Streikes ist, würde sich jetzt noch in wesentlich stärkerem Maße geltend machen als vor zwei Jahren, und die schlimmen Folgen wären nach einem beispiellos harten Winter noch ganz anders fühlbar als damals. Möge man deshalb die Sache nicht auf die Spitze treiben und nicht einen Ausstand ins Werk setzen, der nicht anders denn als höchst frivol zu bezeichnen wäre!

* Die Sperrgeldercommission des preußischen Abgeordnetenhauses wird am Dienstag ihre erste Sitzung halten. Der mehrfach erwähnte conservative Gegenentwurf wird jetzt veröffentlicht. Er geht im Wesentlichen dahin: Aus den angesammelten Summen sollen in den einzelnen Diöcesen an die geschädigten Institute und Personen, bezw. deren Rechtsnachfolger Beträge bewilligt werden, über deren Gewährung innerhalb jeder Diöcese eine aus fünf Mitgliedern bestehende Commission endgiltig mit Ausschluß des Rechtswegs beschließt. Von diesen fünf Mitgliedern sollen drei von dem Cultusminister, zwei von den Diöcesanobern ernannt werden. Den Vorsitzenden ernennt der Cultusminister; auch die von ihm ernannten Mitglieder müssen der römisch-katholischen Kirche angehören und zum Richteramt befähigt sein. Die übrig bleibende Summe wird an die betreffende Diöcese ausgezahlt und nach Verabredung zwischen dem Cultusminister und dem Diöcesanobern zu einem Diöcesanfonds angelegt, aus dessen Erträge emeritirte Geistliche zu unterstützen, auch die Gehälter der Domherren, Domvicare und bischöflichen Beamten aufgebessert oder Unterstützungen an arme Kirchengemeinden behufs Wiederherstellung kirchlicher Gebäude gewährt werden können. Dem Landtag ist über die Verwendung Mittheilung zu machen. Die in einer Verstärkung der Controle durch die Staatsregierung und einer näheren Bestimmung der Verwendungszwecke bestehenden Vorzüge dieses Gesetzentwurfs gegenüber der Regierungsvorlage liegen auf der Hand.

* Je mehr es möglich wird, die vorwöchigen Pariser Ereignisse nach Ursprung und Verlauf einer kritischen Prüfung zu unterziehen, desto mehr stellt sich heraus, daß dieselben einen ungleich ernsteren Hintergrund hatten, als man in Anbetracht der Besetzung der Hauptrollen im Allgemeinen anzunehmen geneigt war. Derouléde und Genossen an sich konnten weder Deutschland noch die Kaiserin Friedrich beleidigen; wenn ihre Handlungsweise aber durch eine weitgehende Toleranz der Regierung nicht nur ermuthigt, sondern durch Strömungen in den Regierungskreisen gar hervorgerufen war, so nehmen diese Dinge einen anderen Charakter an. — Wenn man in Frankreich Boulanger als den Treibenden hinzustellen versucht, so mag